

Braunkohle

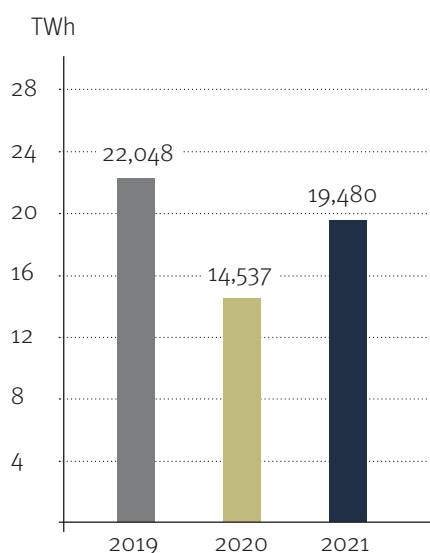
Stromerzeugung und Förderung trotz Anstieg unter Niveau von 2019

Die Stromerzeugung aus Braunkohle erreichte in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres nach Berechnungen des Bundesverbandes der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) eine Höhe von 19,48 Terawattstunden (TWh). Das entspricht genau 20 Prozent der gesamten inländischen Stromproduktion und war etwa ein Drittel mehr als im selben Zeitraum 2020. Der kräftige Anstieg gegenüber den beiden ersten Monaten des Vorjahres beruht im Wesentlichen auf den Anfang 2021 sehr geringen Einspeisungen aus erneuerbaren Energien, die die konventionellen Kraftwerke über mehrere Wochen ausgleichen mussten. Im Vergleich zu den beiden ersten Monaten des Jahres 2019 liegt die Stromerzeugung aus Braunkohle dennoch um 12 Prozent niedriger. Da rund 90 Prozent der inländischen Braunkohleförderung an Kraftwerke der allgemeinen Versorgung geliefert werden, haben die Veränderungen bei der Stromerzeugung auch Rückwirkungen auf die Förderung: Im Januar und Februar 2021 wurden in den deutschen Revieren insgesamt 21,7 Mio. t Braunkohle gefördert. Das waren 28 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, aber 13 Prozent weniger als in den ersten beiden Monaten des Jahres 2019. Der Drei-Jahres-Überblick zeigt, dass sich Braunkohle in Deutschland weiterhin auf einem Minderungspfad bewegt, belegt aber auch, dass der Energieträger für eine sichere Stromversorgung bis auf Weiteres unerlässlich ist.

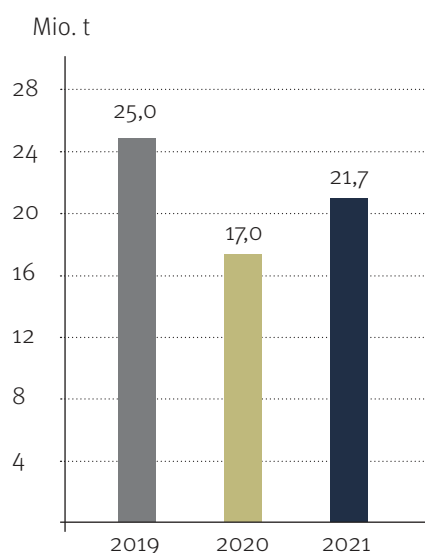
„Im Januar und Februar 2021 leistete die Braunkohle einen essentiellen Beitrag zur sicheren Stromversorgung in Deutschland.“

DEBRIV

**Stromerzeugung aus Braunkohle
Januar + Februar 2019/20/21 in TWh**
Quelle: BDEW



**Braunkohleförderung in Deutschland
Januar + Februar 2019/20/21 in Mio. t**
Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.



Stromerzeugung

Erneuerbare brechen ein

In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres wurden in Deutschland insgesamt 38,2 Terawattstunden (TWh) Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Nach Berechnungen der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat) war dies rund ein Viertel weniger als im Vorjahreszeitraum, als 50,7 TWh erreicht wurden. Der Jahresbeginn, so die AGEE-Stat, war durch unterdurchschnittliche Windbedingungen gekennzeichnet. In Summe ergab sich für die beiden ersten Monate ein Minus von 36 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Mit einem Rückgang von knapp 40 Prozent fiel der Einbruch bei der Windenergie an Land besonders stark aus, bei der Windstromerzeugung auf See kam es dagegen nur zu geringen Rückgängen. Auch die Stromerzeugung aus PV-Anlagen lag mit 2,9 TWh nur leicht unter dem Wert des Vorjahres.

Wie die AGEE-Stat weiter mitteilt, gab es bei den Windenergieanlagen an Land 2020 einen Nettozubau von 1.227 Megawatt (MW), das entspricht einem Zuwachs um 2,3 Prozent. Auf See wurden 219 MW an Leistung zugebaut, ein Plus von 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei Photovoltaik-Anlagen lag der Zubau 2020 bei 4.801 MW, das entspricht einem Zuwachs um knapp 10 Prozent.



Link
Download Monatsbericht AGEE-Stat
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/372/dokumente/03-2021_agee-stat_monatsbericht.pdf

Braunkohle

China größter Produzent der Welt

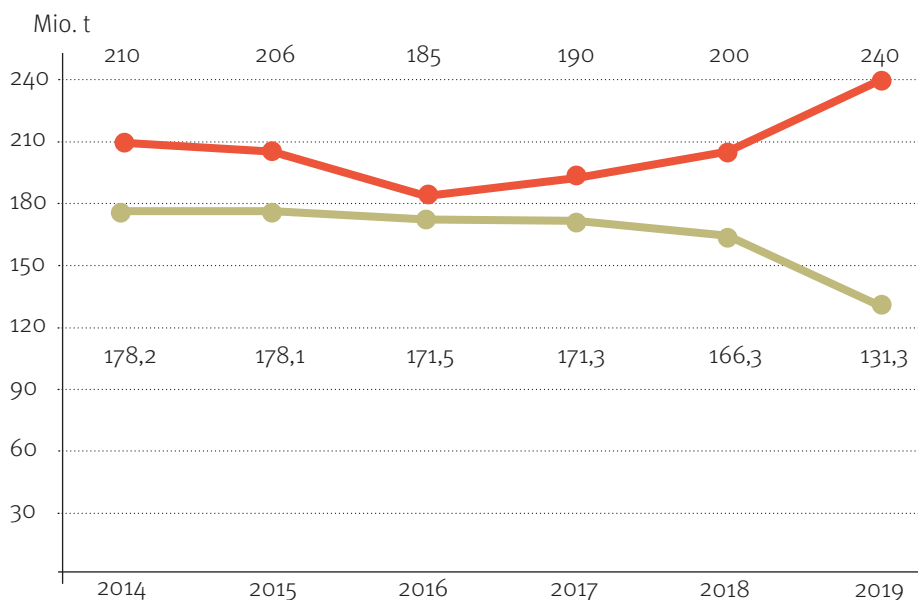
Neue Berechnungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover kamen zu dem überraschenden Ergebnis, dass China bereits seit längerem der weltweit größte Braunkohleproduzent ist. 2014 erreichte die Produktion in Deutschland eine Höhe von rund 178 Millionen Tonnen (Mio. t) und lag damit um rund 32 Mio. t unter der Förderung Chinas. Bis 2019 erhöhte China seine Braunkohleproduktion auf 240 Mio. t, während die Förderung in Deutschland auf rund 131 Mio. t zurückging. Beide Länder zusammen kommen derzeit auf einen Anteil von 35,7 Prozent an der Weltproduktion. Weltweit wurden 2019 etwas mehr als eine Milliarde Tonnen Braunkohle gefördert. Die Produktion verteilt sich zu mehr als 96 Prozent auf 20 Länder, vorrangig in Europa (Anteil 43,9 %) und Austral-Asien (Anteil 41,8 %). Seit 2014 hat sich die Weltförderung an Braunkohle um etwa 5 Prozent vermindert. In Deutschland betrug der Rückgang mehr als 26 Prozent.



Link zur BGR-Presseninfo
https://www.pebs.eu.de/DE/Gemeinsames/Oeffentlichkeitsarbeit/Pressemitteilungen/BGR/bgr-2020-12-18_neuer-energiebericht-der-bgr.html?nn=1542132

Link zu den BGR-Energiedaten
https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Produkte/produkte_node.html?tab=Energiedaten

Entwicklung der Braunkohleförderung in Deutschland und China 2014-2019
in Millionen Tonnen – Quelle: BGR - Energiedaten 2019



Rheinland

**Leitentscheidung ist essentieller Teil
des konsensorientierten Kohleausstiegs**

Die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung am 23.03.2021 verabschiedete Leitentscheidung für das rheinische Braunkohlerevier ist ein weiterer Baustein für den auf einem breiten gesamtgesellschaftlichen Kompromiss beruhenden Kohleausstieg in Deutschland bis Ende 2038. Die Leitentscheidung sichert ein geordnetes Auslaufen der Gewinnung und Nutzung von Braunkohle im Rheinland, ermöglicht einen bruchlosen Strukturwandel und trägt zur Sicherung mehrerer Tausend Arbeitsplätze bei. Sie sorgt dafür, dass bis zum gesetzlich fixierten Ende des Betriebs der Braunkohlekraftwerke wichtige Beiträge zur Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der Stromversorgung in Deutschland erbracht werden können, solange erneuerbare Energien diese Aufgaben noch nicht vollständig erfüllen. Außerdem sichert die Leitentscheidung eine umfassende Wiedernutzbarmachung der Tagebaue und ihre Wiedereingliederung in die bestehende Kultur- und Industrielandschaft des Rheinlandes.

Nach Ansicht der deutschen Braunkohleindustrie steht die Leitentscheidung für das rheinische Braunkohlerevier fest auf der Grundlage der Empfehlungen der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB) und setzt die Vorgaben des Kohleausstiegsgesetzes konsequent um. Die Leitentscheidung konkretisiert das vorgezogene Auslaufen der Tagebaue Hambach - mit der Herstellung eines Tageausees sowie dem Erhalt des Hambacher Forstes - und Inden bis 2030. Für den Tagebau Garzweiler schafft die Leitentscheidung sichere Planungsgrundlagen für die Fortführung des Tagesbaus bis 2038. Bund und Land haben nunmehr beide die energiewirtschaftliche Notwendigkeit dieses Tagesbaus bis 2038 bestätigt.

Die Umsetzung der Leitentscheidung stellt das betroffene Bergbauunternehmen, die RWE Power AG, vor beträchtliche Herausforderungen: Die Abbauführung im Tagebau Garzweiler muss geändert werden, um die laufenden Umsiedlungen abschließen zu können und die neuen erweiterten Abstandsregelungen zu den umliegenden Ortschaften sicher einzuhalten. Zudem muss die Landschaftsgestaltung nach dem Tagebauende und die Planung für die Bundesautobahn A 61 überarbeitet werden.

„Wir haben die Leitentscheidung mit Spannung erwartet,“ sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV), Dr. Thorsten Diercks, „weil die Abschaltung der inländischen Kohlekraftwerke in den kommenden Jahren vorrangig im Rheinland durchgeführt wird und der Tagebau Garzweiler die Versorgung der verbleibenden Kraftwerke und Veredlungsbetriebe mit Kohle bis Ende 2038 leisten muss.“ Für das Rheinland sei deshalb vordringlich Planungssicherheit erforderlich. Die Leitentscheidung sei aber auch für die anderen Braunkohlereviere ein wichtiges Signal, weil sie zeige, dass der konsensorientierte Kohleausstieg in Deutschland verlässlich kalkulierbar voranschreitet.

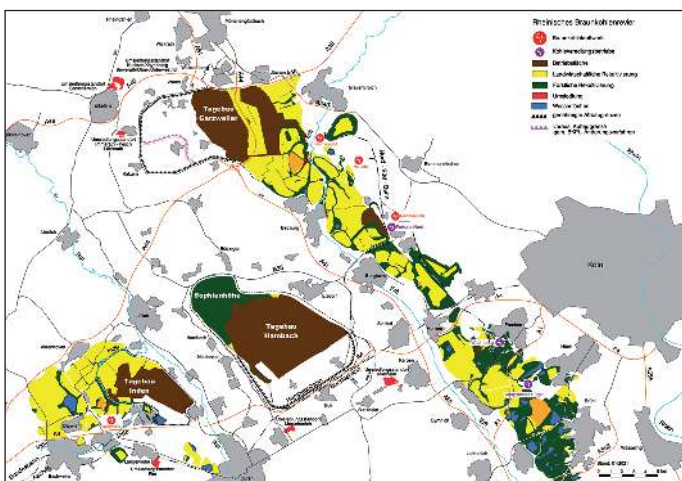
„Die Leitentscheidung ist Teil des gesamtgesellschaftlichen Kompromisses zur Kohlenutzung in Deutschland.“

DEBRIV



Link zur Presseinformation der NRW-Landesregierung
<https://www.wirtschaft.nrw/pressemitteilung/landeskabinett-beschliesst-neue-leitentscheidung>

Link zur RWE-Presseinformation
<https://www.group.rwe/presse/rwe-power/2021-03-24-neue-leitentscheidung-setzt-leitplan-ken-fuer-umsetzung-des-kohleausstiegs>



Revierkarte des Rheinlands

Quelle: RWE - Stand: Anfang 2021

Netzbetreiber

Kohlekraftwerke für die Sicherheit und Stabilität der Netze weiterhin erforderlich

„In den nächsten Jahren kommt es zu signifikanten Laststeigerungen.“

NETZANALYSE
DER DEUTSCHEN
ÜBERTRAGUNGSNETZBETREIBER

Die deutschen Übertragungsnetzbetreiber sind nach den Bestimmungen des 2020 verabschiedeten Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes (KVBG) verpflichtet, eine den Kohleausstieg begleitende langfristige Netzanalyse durchzuführen. Gegenstand der Prüfung, die bis zur Beendigung des Kohleausstiegs im Jahre 2038 reichen muss, sind mögliche Netzengpässe, die Frequenz- und Spannungshaltung, Sicherstellung eines Versorgungswiederaufbaus nach Netzzusammenbrüchen sowie Alternativen zum Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken, soweit dies für einen sicheren Netzbetrieb notwendig ist. Dieser Verpflichtung sind die deutschen Übertragungsnetzbetreiber jetzt nachgekommen. Von zentraler Bedeutung für die Sicherheit und Stabilität der Stromnetze ist nach Ansicht der Übertragungsnetzbetreiber die künftige Entwicklung des Stromverbrauchs. Nach Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber wird es in den nächsten Jahren „zu signifikanten zusätzlichen Laststeigerungen“ in traditionell laststarken Regionen wie Süddeutschland sowie dem Ruhrgebiet und der Rhein-Main-Region kommen. Ursache dafür sind Anfragen aus der IT-Branche sowie die voranschreitende Dekarbonisierung und Digitalisierung der Industrie. Insbesondere für den Raum Frankfurt wird eine deutliche Laststeigerung durch die Neuansiedlung von Rechenzentren erwartet. Die Übertragungsnetzbetreiber gehen deshalb von einem Anstieg des Stromverbrauchs bis 2027/28 auf rund 630 Terawattstunden (TWh) pro Jahr aus, etwa 40 TWh mehr als bisher von der Bundesregierung angenommen.

„Netzzusammenbrüche sind nicht gänzlich auszuschließen.“

NETZANALYSE
DER DEUTSCHEN
ÜBERTRAGUNGSNETZBETREIBER

Bei der Frequenzhaltung und Frequenzstabilität sehen die Übertragungsnetzbetreiber vor allem Handlungsbedarf im Ausland innerhalb des europäischen Synchronverbunds. Bei sehr hohen Abweichungen reichen allerdings auch im Inland die existierenden Notmaßnahmen nicht zur Stabilisierung aus und Netzzusammenbrüche sind nicht gänzlich auszuschließen. Durch die Stilllegung von Kohlekraftwerken entstehen durch steigende Transportentfernungen Ungleichgewichte bei der Wirkleistung sowie der regional verfügbaren Momentanreserve. Häufigste Ursache für Netzzusammenbrüche ist allerdings eine unzureichende Deckung des Bedarfs an Blindleistung. Parallel zur Abschaltung von Kohleanlagen sei der Zubau neuer Blindleistungskompensationsanlagen unabdingbar, fordern die Übertragungsnetzbetreiber. Es könne jedoch der Bedarf an Blindleistung aus Kraftwerken notwendig werden, die für die Stilllegung vorgesehen sind, um einen Zeitraum bis zur Inbetriebnahme von Alternativen zu überbrücken.

Auch bei schrittweiser Abschaltung von Kohleanlagen und einem Anstieg der Stromnachfrage bleibe Deutschland ein Strom-Nettoexporteur, schreiben die Übertragungsnetzbetreiber. Allerdings bestehen die Exportüberschüsse vorrangig aus „dargebotsabhängiger Erzeugung aus Windkraft und Photovoltaik.“ Das bedeutet, dass während sogenannter Dunkelflauten hohe Importe auftreten, da nicht mehr genügend konventionelle Kraftwerksleistung zu Verfügung steht. Die Übertragungsnetzbetreiber schätzen, dass in Spitzenzeiten bis zu 20 Gigawatt (GW) Strom importiert werden müssen. Es sei damit zu rechnen, dass es in diesen Fällen bis 2027/28 zu Engpässen bei den Grenzkuppelleitungen zu den Nachbarländern kommt und der Einsatz inländischer Reservekraftwerke notwendig ist.

Auf die Wiederinbetriebnahme des Stromnetzes nach einem Netzzusammenbruch (Schwarzstart) habe die Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland keinen unmittelbaren Einfluss, halten die Übertragungsnetzbetreiber fest. Allerdings müsse geprüft werden, ob in den von Windenergieeinspeisung dominierten Regionen Norddeutschlands künftig noch genügend regelbare thermische Erzeugungsanlagen für einen eventuellen Netzaufbau zur Verfügung stehen.

Derzeit gebe es keinen gleichwertigen Ersatz für große steuerbare Erzeugungsanlagen, sodass auch künftig Kohlekraftwerke für die Bewirtschaftung von Netzengpässen und die Spannungsstabilität erforderlich werden können, fassen die Übertragungsnetzbetreiber ihre Untersuchungsergebnisse zusammen.



Link
https://www.netztransparenz.de/portals/1/20201222%204UeNB%20Bericht_§%2034%20KVBG.pdf

Ressourcen

Deutschland braucht eine akzeptierte und nachhaltige Rohstoffgewinnung

Mehrere Verbände der deutschen Rohstoffgewinnung und des Bergbaus haben sich für verbindliche rohstoffpolitische Positionen ausgesprochen. Die Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V. (VRB), der Verband der Kali- und Salzindustrie e.V. (VKS) sowie der Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V. (BVEG) haben mit Blick auf die nächste Bundesregierung mehr politische Unterstützung bei der gesellschaftlichen Akzeptanz heimischer Rohstoffgewinnung gefordert. Dazu zähle die Sicherung des Zugangs zu heimischen Lagerstätten unabhängig vom konkreten zeitlichen Bedarf, die Vermeidung unnötiger Wettbewerbsnachteile für die heimische Rohstoffproduktion, eine Absage an bedarfsorientierte staatliche Regulierung sowie rechtssichere Genehmigungsverfahren und die Absicherung eines zügigen Übergangs zum Nachbergbau am Ende bergbaulicher Nutzungen. Die nationale Rohstoffpolitik muss sich nach Ansicht der Verbände über die „gesamte Bandbreite der Rohstoffe“ erstrecken.



Link
<https://www.rdb-ev.de/rdb-rohstoffperspektiven.html> und https://www.rdb-ev.de/rdb-rohstoffperspektiven.html?file=files/rdb-rohstoffperspektiven/21bbo2_Rohstoffperspektive.pdf

Kohle

Umweltbundesamt legt neue Datensammlung vor

Stein- und Braunkohle haben in Deutschland über einen langen Zeitraum eine treibende Rolle gespielt. Mit dem Gesetz zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland ist nun festgelegt, dass spätestens Ende 2038 keine Kohle mehr in Kraftwerken verfeuert werden darf. Damit laufe die Zeit eines Energieträgers ab, „der die wirtschaftliche und damit auch die soziale Struktur seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland sehr wesentlich geprägt hat“, schreibt das Umweltbundesamt (UBA) in seiner jetzt aktualisierten Publikation „Daten und Fakten zu Braun- und Steinkohlen. Stand und Perspektiven 2021.“

Auch wenn die von insgesamt 27 Autorinnen und Autoren verfasste Schrift, anders als der Titel suggeriert, noch keine Daten für das Jahr 2020 berücksichtigt, handelt es sich um eine der derzeit umfangreichsten Datensammlungen zur Bedeutung der Kohle in Deutschland. Breiten Raum nehmen die Umweltaspekte der Kohlenutzung ein. Neben einer Zusammenstellung von Daten zu den Emissionen aus der Strom- und Wärmeerzeugung und dem Anteil der Kohle an Gesamtemissionen werden Beispieldaten für einzelne Kraftwerke publiziert. Im Anhang findet sich eine Übersicht der Kohlekraftwerke am Strommarkt mit Einzeldaten zu Leistung, Wärmeauskopplung, Inbetriebnahmezeitpunkt und Ertüchtigungsjahr. Fortgeschrieben werden allerdings auch die bekannten Ansichten des UBA zum Thema Subventionen und Vergünstigungen. Fälschlicherweise bezeichnet das UBA bestimmte Befreiungen, die Finanzierung der Sanierungen ehemaliger DDR-Tagebaue und jetzt auch die Entschädigungszahlungen aus dem öffentlich-rechtlichen Vertrag als Subventionen.

„Kohle hat die wirtschaftliche und soziale Struktur Deutschlands geprägt.“

UMWELTBUNDESAMT



Download
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/daten-fakten-zu-braun-steinkohlen-2021>

Versorgung

Risiko kalter Dunkelflauten steigt

Der Leiter des Fachgebiets Energieverteilung und Hochspannungstechnik an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, Prof. Dr.-Ing. Harald Schwarz, warnt vor den Risiken „kalter Dunkelflauten“. In einem Beitrag für die ARD-Tagesschau erläuterte Schwarz: „Bei Dunkelheit ist die Photovoltaikerzeugung de facto null, obwohl wir Solaranlagen mit 50 Gigawatt Leistung in Deutschland installiert haben. Regt sich gleichzeitig kein Lüftchen, fällt auch der Windstrom weitestgehend aus. Da reden wir von zwei bis fünf Gigawatt tatsächlicher Leistung, obwohl Anlagen mit 60 Gigawatt Leistung installiert sind. Was dann entsteht, ist die sogenannte kalte Dunkelflaute“, sagte Schwarz. Bislang, so der Energieexperte aus Cottbus, konnte sich Deutschland immer auf seine konventionellen



Link
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/energie/wende-windkraft-dunkelflaute-winter-versorgungsluecke-101.html>

„Die Minderung im Jahr 2020 ist der größte jährliche Rückgang seit 1990. Gut ein Drittel ist auf die Folgen der Bekämpfung der Corona-Pandemie zurückzuführen.“

UBA-PRÄSIDENT DIRK MESSNER



Link
<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/treibhausgasemissionen-sinken-2020-um-87-prozent>

Kraftwerke verlassen; doch genau diese Kraftwerke werden in den nächsten Jahren stillgelegt. Laut Schwarz droht Deutschland in der Folge eine Stromlücke - wenn auch nur an einigen Tagen im Jahr. „Bereits 2023 fehlen uns 15 bis 20 Gigawatt gesicherter Leistung“, so Schwarz. In den folgenden Jahren werde sich das Problem verschärfen, weil auf den Atomausstieg der schrittweise Ausstieg aus der Kohleverstromung erfolge und Anlagen zur Speicherung des Stroms aus volatiler Erzeugung bislang nicht in der Lage sind, das Problem zu lösen. Deutschland könne heute für rechnerisch etwa 30 bis 60 Minuten aus Stromspeichern versorgt werden. Das reiche aber nicht für eine andauernde Dunkelflaute, erklärte Schwarz. Zusätzliche Sicherheit durch Stromimporte sieht der Cottbusser Energieexperte kritisch. Im Fall einer deutschlandweiten Dunkelflaute sei „niemand darauf eingerichtet, Deutschland in jedem Fall mitzuversorgen.“ Auch in den Nachbarländern könne zeitgleich wenig Wind wehen und die Sonne nicht scheinen. Außerdem ist das europäische Verbundnetz nicht darauf ausgelegt, ganze Länder über Grenzen hinweg mit Strom zu versorgen.

Klimaschutz

Ausstoß von Treibhausgasen seit 1990 um mehr als 40 Prozent zurückgegangen

In Deutschland wurden 2020 rund 739 Millionen Tonnen (Mio. t) Treibhausgase freigesetzt. Das sind rund 70 Mio. t oder 8,7 Prozent weniger als 2019. Das geht aus den jetzt vorgestellten Emissionsdaten des Umweltbundesamtes (UBA) hervor, die erstmals nach den Vorgaben des Bundesklimaschutzgesetzes vorgelegt wurden (vgl. Informationen und Meinungen 4/2020). Die Minderung im Jahr 2020 ist der größte jährliche Rückgang seit 1990. Im Vergleich zu 1990 sanken die Emissionen in Deutschland damit um insgesamt 40,8 Prozent. Fortschritte gab es im vergangenen Jahr im Besonderen in der Energiewirtschaft. Gut ein Drittel der letztjährigen Minderung ist allerdings, so UBA-Präsident Dirk Messner, auf die Folgen der Bekämpfung der Corona-Pandemie zurückzuführen, vor allem im Verkehrs- und Energiebereich.

Mit rund 38 Mio. t CO₂ ist aktuell der größte Emissionsrückgang im Sektor Energiewirtschaft zu verzeichnen – das entspricht einem Rückgang um 14,5 Prozent gegenüber 2019. Mit rund 221 Mio. t lagen die Emissionen deutlich unter der im Bundesklimaschutzgesetz erlaubten Jahresemissionsmenge von 280 Mio. t. Den größten Anteil an dieser Entwicklung hat der Rückgang der Emissionen aus der Verstromung von Braunkohle (minus 23 Mio.t). Die Emissionen aus der Steinkohle-Verstromung sanken um 13 Mio. t. Zu den wichtigsten Gründen für die Fortschritte in der Energiewirtschaft zählt neben niedrigen Weltmarktpreisen für Gas die Reform des europäischen Emissionshandels, die zu höheren CO₂-Preisen geführt hat. In der Folge war der Betrieb von Kohlekraftwerken 2020 häufig teurer als der von Gaskraftwerken, die weniger CO₂ emittieren. Ein weiterer Faktor war der – vor allem durch die Lockdown-Maßnahmen bedingte – Rückgang des Bruttostromverbrauchs in Deutschland um mehr als vier Prozent. Bemerkbar machte sich 2020 auch, dass weitere Braunkohlekraftwerksblöcke in die Sicherheitsbereitschaft überführt wurden. Die im Zuge des Kohleausstiegsgesetzes vorgenommenen ersten Abschaltungen von Braun- und Steinkohlekraftwerken Ende 2020 werden sich erst in der Klimabilanz 2021 bemerkbar machen.

EWI

Verschärfte Klimaziele treiben CO₂-Preise

Die Verschärfung des europäischen Klimaziels könnte zu einem deutlichen Anstieg der CO₂-Preise im europäischen Emissionshandel und somit zu einer zusätzlichen, marktgetriebenen Reduktion der deutschen Stromerzeugung aus Kohle führen. In der Analyse „Auswirkungen einer Verschärfung der europäischen Klimaziele auf den

deutschen Strommarkt“ des Energiewirtschaftlichen Instituts (EWI) an der Universität zu Köln werden jetzt die Auswirkungen der Klimazielsverschärfung auf die Stromerzeugung, die Großhandelsstrompreise und das sektorale Klimaziel der Energiewirtschaft in Deutschland im Jahr 2030 aufgezeigt. Beim ursprünglichen Klimaziel würde der CO₂-Preis im europäischen Emissionshandel auf 73 Euro pro Tonne Kohlendioxid im Jahr 2038 steigen. Mit dem verschärften Klimaziel könnte der Preis hingegen im gleichen Zeitraum auf 85 Euro steigen. 2019 lag der durchschnittliche Preis bei etwa 25 Euro. Steigende Preise für Emissionszertifikate erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit von Gaskraftwerken gegenüber den verbleibenden Kohlekraftwerken, deren Betrieb durch den höheren CO₂-Preis weniger rentabel wird. In Deutschland würde zukünftig mehr Strom aus Gas erzeugt. Steinkohle hingegen würde deutlich weniger genutzt und bis zum Jahr 2030 fast vollständig auslaufen. Auch die Erzeugung von Strom aus Braunkohle würde deutlich reduziert: bis zum Jahr 2030 auf 32 Terawattstunden (TWh) und bis zum Jahr 2035 auf 8 TWh. „Dadurch könnte die Stromerzeugung aus Kohle bereits vor dem geplanten Ausstieg im Jahr 2038 fast vollständig aus dem Markt gedrängt werden,“ heißt es in der EWI-Analyse.

Kohleausstieg

EU-Kommission leitet Prüfung ein

Die Europäische Kommission hat eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob die von Deutschland geplanten Entschädigungszahlungen für die vorzeitige Stilllegung von Braunkohlekraftwerken mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang stehen. Die für Wettbewerbspolitik zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager, erklärte dazu: „Der schrittweise Ausstieg aus der Braunkohleverstromung trägt im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals zum Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft bei. In diesem Zusammenhang ist es unsere Aufgabe, den Wettbewerb zu schützen, indem wir sicherstellen, dass der Ausgleich, der den Anlagenbetreibern für den vorzeitigen Ausstieg gewährt wird, auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt wird. Die uns bisher zur Verfügung stehenden Informationen erlauben es uns nicht, dies mit Sicherheit zu bestätigen. Daher leiten wir dieses Prüfverfahren ein.“ Deutschland hat bei der Kommission Pläne angemeldet, nach denen den Betreibern von Braunkohlekraftwerken eine Entschädigung in Höhe von 4,35 Mrd. Euro gewährt werden soll, und zwar für entgangene Gewinne sowie für zusätzliche Tagebaufolgekosten, die durch die frühere Stilllegung entstehen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Kommission vorläufig der Auffassung, dass die deutsche Maßnahme zugunsten der Betreiber von Braunkohlekraftwerken eine staatliche Beihilfe darstellen dürfte. Auch äußerte sie Zweifel an der Vereinbarkeit der Maßnahme mit den europäischen Beihilfavorschriften. Die Kommission hat Zweifel, ob die Entschädigung der Betreiber für entgangene Gewinne, die sehr weit in die Zukunft reichen, als erforderliches Mindestmaß betrachtet werden kann. Sie äußert auch Bedenken hinsichtlich einiger Inputparameter des von Deutschland verwendeten Modells zur Berechnung der entgangenen Gewinne, dies gelte für die angesetzten Brennstoff- und CO₂-Preise. Ferner wurden der Kommission keine Informationen auf Ebene der einzelnen Anlagen vorgelegt.

Die Kommission räumt zwar ein, dass Zusatzkosten, die durch die vorzeitige Stilllegung der Braunkohleanlagen entstehen, ebenfalls eine Entschädigung rechtfertigen könnten, hat jedoch Zweifel in Bezug auf die übermittelten Informationen. Im Rahmen der nun eingeleiteten eingehenden Prüfung werde untersucht, ob diese wettbewerbsrechtlichen Bedenken gerechtfertigt sind. Deutschland und Dritte erhalten Gelegenheit zur Stellungnahme. Das Prüfverfahren werde ergebnisoffen geführt. Bereits im November 2020 war die Europäische Kommission zu dem Schluss gelangt, dass das wettbewerbliche Ausschreibungsverfahren, das Deutschland für die Entschädigung der Betreiber von Steinkohlekraftwerken für die vorzeitige Stilllegung eingeführt hatte, die Klimaschutzziele der Europäischen Union fördert und mit den Beihilfavorschriften vereinbar ist.



Download

https://www.ewi.uni-koeln.de/cms/wp-content/uploads/2021/03/EWI-Bericht_Verschaerfte-EU-Klimaziele-Auswirkungen-auf-deutschen-Strommarkt_210318.pdf

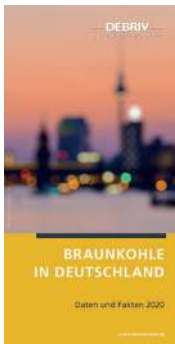
„Der schrittweise Ausstieg aus der Braunkohleverstromung trägt im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals zum Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft bei.“

MARGRETHE VESTAGER



Mitteilung der EU-Kommission

https://ec.europa.eu/germany/news/20210302-deutschland-braunkohlekraftwerke_de



DEBRIV

Neues Faltblatt zur Braunkohle in Deutschland

Der DEBRIV hat sein Faltblatt „Braunkohle in Deutschland“ mit Daten und Fakten zur Entwicklung der Braunkohleindustrie im Jahre 2020 veröffentlicht. Der Flyer umfasst Grafiken und Tabellen zu Förderung, Primärenergieverbrauch und Stromerzeugung sowie zur inländischen Energiegewinnung. Dargestellt wird die Unternehmensstruktur der deutschen Braunkohleindustrie sowie die Leistung und Erzeugung der inländischen Braunkohlekraftwerke. Neben den Beschäftigungseffekten der Braunkohle in Deutschland liefert der Flyer auch Informationen zu den Lagerstättenvorräten, den Veredelungsprodukten sowie den Kohlequalitäten. In „10 Fakten“ werden die wichtigsten Leistungen, Positionen und Aufgaben des Industriezweigs vorgestellt.

Literatur I

Vom Bergbau zum Mining Heritage

Der inländische Bergbau auf Steinkohle ist seit Ende 2018 beendet und die Förderung von Braunkohle wird schrittweise reduziert und bis Ende 2038 auslaufen. Auch im europäischen und globalen Kontext ändern sich die Rahmenbedingungen des Energiesektors. Bergbau darf nicht nur als ökonomischer Wertschöpfungsfaktor betrachtet werden, sondern auch als Produzent materieller und immaterieller Werte, die es zukünftig in angemessener Weise zu bewahren gilt. Bergbauliches Wissen wird in Deutschland an vielen Stellen gespeichert, bewahrt und erforscht. Mit der jetzt erschienenen Publikation „Bergbausammlungen in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme“ von Michael Farrenkopf und Stefan Siemer werden nicht nur zahlreiche Sammlungen erschlossen, die Herausgeber versuchen auch eine Standortbestimmung der Zukunftsaufgabe Mining Heritage. Die Publikation ist im Verlag Walter de Gruyter erschienen und kostet 69,95 Euro (ISBN: 978-3-11-068298-4)



Literatur II

Sieben Energiewende-Märchen

Der Stil öffentlicher Debatten wandelt sich, das gilt auch und in besonderer Weise für die Energie- und Klimadiskussion. André Thess, Professor für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart und Direktor des DLR-Instituts für Technische Thermodynamik leistet mit seiner Publikation „Sieben Energiewendemärchen? Eine Vorlesungsreihe für Unzufriedene“ jedoch keinen fachlich-technischen Aufklärungsbeitrag zu den aktuellen Kontroversen; an sieben Beispielen thematisiert Thess die aktuelle Debattenkultur, die tragfähige gesamtgesellschaftliche Konsense und Kompromisse mehr und mehr erschwert. Thess legt dar, dass energie- und klimapolitische Entscheidungen durch die Verknüpfung wissenschaftlicher Erkenntnisse mit sehr persönlichen Werturteilen entstehen und sich fortentwickeln. Der Autor verbindet solide Fachkenntnis mit unterhaltsamem Erzählstil und einer beeindruckend stringenten Methodik, deren Konsequenz und Überzeugungskraft sich der Leser kaum entziehen kann. In sieben Kapiteln widmet sich der Autor eingehend dem Thema Verbrennungsmotor, unterzieht die sogenannten Denkfabriken einer kritischen Analyse, widmet sich der Elektromobilität, dem umweltfreundlichen Luftverkehr sowie dem Gebäudesektor und den Kosten der Energiewende. Er untersucht die Rolle der Klimaforscher und kann es sich nicht verkneifen, mit einer kleinen Polemik zum Gebrauch von Kaffeebechern seine Publikation zu beschließen. Das Buch von André Thess ist nicht für Faktensucher und auch nicht für Ideologen geeignet. Es ermutigt zum kritischen Selbstdenken, in dem es die richtigen Fragen stellt, methodisch sauber argumentiert und dem Leser keine Antworten aufzwingt. Das Buch „Sieben Energiewendemärchen?“ von André Thess ist 2020 im Springer Verlag Berlin erschienen (ISBN 978-3-662-61999-5), hat 216 Seiten und kostet 19,90 Euro.



IMPRESSUM

Herausgeber

DEBRIV - Bundesverband Braunkohle
Am Schillertheater 4 - 10625 Berlin

Öffentlichkeitsarbeit

Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen
Tel: 02271 / 99 57 7 - 34
E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de
Internet: www.braunkohle.de
Bundesverband Braunkohle
DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 25.03.2021
Druckauflage: 3.000 Exemplare